Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/402
08.11.2023

Wissenschaftsausschuss

21. Sitzung (öffentlich)

8. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 17:52 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla, Alexander Happ

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gespräch zur Situation der jüdischen und israelischen Studierenden und Beschäftigten der Hochschulen **6**

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) **28**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1502 (Erläuterungsband)

Einzelplan 06, Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 06
Vorlage 18/1698
Vorlage 18/1699
Vorlage 18/1700
Vorlage 18/1766

Ausschussprotokoll 18/361 (Klausurtagung Haushalts- und Finanzausschuss)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Die vorliegenden Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 18/1914 zu entnehmen.

– Wortbeiträge

Nach Ablehnung der Änderungsanträge stimmt der Wissenschaftsausschuss dem Einzelplan 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

3 Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes **34**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5804

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahme 18/947
Stellungnahme 18/979
Stellungnahme 18/993
Stellungnahme 18/1000
Stellungnahme 18/1003
Stellungnahme 18/1018
Stellungnahme 18/1021

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Wissenschaftsausschuss stimmt Art. 1 § 16 Abs. 5 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Den Art. 2, 3, 4 und 5 des Gesetzentwurfs der Landesregierung stimmt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD zu.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5804 nimmt der Ausschuss unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD an.

4 Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit 36

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6376

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

5 Die Grundschullehrerausbildung attraktiv und praxisnah gestalten – Nordrhein-Westfalen braucht eine Pädagogische Hochschule! 37

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6373

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

6 Wie wird die Entwicklungspauschale in der Weiterbildung eingesetzt? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1842

– Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Bastian Hartmann (SPD), die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

7 Wie werden die Mittel aus dem Studiumsqualitätsgesetz an den Hochschulen in NRW eingesetzt? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1841

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Bastian Hartmann (SPD), die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

8 Verschiedenes **40**

Der Ausschuss kommt überein, dass der Bedarfstermin am 6. Dezember 2023 entfällt.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1502 (Erläuterungsband)

Einzelplan 06, Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 06
Vorlage 18/1698
Vorlage 18/1699
Vorlage 18/1700
Vorlage 18/1766

Ausschussprotokoll 18/361 (Klausurtagung Haushalts- und Finanzausschuss)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5000 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 23.08.2023)

Die vorliegenden Änderungsanträge einschließlich ihrer Begründungen sowie die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind Vorlage 18/1914 zu entnehmen.

Aus der Befassung mit den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion ergibt sich für **Angela Freimuth (FDP)** eine Verständnisfrage zum Entwurf der Landesregierung zu Kapitel 06 072 Titel 684. In der Erläuterung stehe, dass eine Dynamisierung um 2 % vorgesehen gewesen sei. Sie könne das rechnerisch nicht nachvollziehen und bitte darum, ihr einen Hinweis zu geben, was die Berechnungsgrundlage für diese 2 % sei, damit sie den Änderungsantrag der Kollegen der SPD nachvollziehen könne.

Bei der Dynamisierung müsse bedacht werden, erläutert **LMR Axel Bendiek (MKW)**, dass die 2 % nicht einfach auf den Vorjahresansatz gerechnet werden könnten. Es sei etwas komplizierter. Es habe ja eine Systemumstellung bei der Ermittlung der Zuschüsse gegeben. Dementsprechend sei ein sogenannter Unterschiedsbetrag, der aus dem Vergleich der vorherigen und der neuen Berechnungssystematik herrühre, zu beachten. Insofern könnten nicht einfach 2 % auf den Vorjahreswert aufgeschlagen werden.

Auf die Bitte von **Angela Freimuth (FDP)** sagt **Ministerin Ina Brandes (MKW)** eine schriftliche Erläuterung zu, die sie auch selbst habe anbieten wollen, denn ihr sei klar, dass der Hinweis auf die veränderte Berechnungslogik die Frage von Angela Freimuth (FDP) nicht vollständig beantworte.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) weist darauf hin, dass seine Fraktion bei der Haushaltsklausur konkret nach der Berechnung dieser Dynamisierung gefragt habe und zuletzt im Haushaltsausschuss noch einmal darauf aufmerksam gemacht habe, dass zu den offenen Fragen aus der Klausur noch keine Antworten vorlägen. Insofern räume er ein, dass das etwas überschlägig gerechnet sei auf der Grundlage der Erfahrungen der letzten Jahre, aber die Informationen dazu stünden auch noch aus.

LMR Axel Bendiek (MKW) erklärt, nach seiner Erinnerung habe sich die Frage bei der HFA-Klausur, die schriftlich beantwortet worden sei, auf die Berechnungsgrundlagen der Zuschüsse an die Träger der Weiterbildung bezogen und nicht auf die Dynamisierung. – **Dr. Bastian Hartmann (SPD)** bestätigt, dass die Erinnerung von Herrn Bendiek zutreffe.

Jan Matzoll (GRÜNE) hebt hervor, dass die Wissenschaft, die Forschungslandschaft und die Hochschulen einen ganz wichtigen Faktor bei der Transformation und für die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft darstellten.

Von daher könne man sehr glücklich sein, dass trotz der schwierigen Haushaltslage die Mittel im Wissenschaftsbereich insgesamt um über 3 % gestiegen seien, dass 250 Millionen Euro mehr in die Grundfinanzierung sowie in zusätzliche Studienplätze und Lehrende investiert würden und dass eine weitere halbe Milliarde Euro für den klimaneutralen Hochschulbau zur Verfügung stehe, was ja sowohl unmittelbar für die Erreichung der Klimaziele eine große Rolle spiele als auch den innovativen Vorbildcharakter der Hochschulen in den Vordergrund rücke. Über 111 Millionen Euro würden 2024 für Forschung, Infrastruktur, Personal und andere Maßnahmen wie Digitalisierung im Wissenschaftsbereich bereitgestellt. Auch das seien Punkte, die sowohl wissenschaftlich als auch wirtschaftlich für die Zukunft des innovativen Standortes NRW wichtig seien. Gleichzeitig steige die Landesförderung für die Weiterbildung um 6 Millionen Euro.

Das seien sehr erfreuliche Entwicklungen, und bei allen kleinteiligen Differenzen im demokratischen Wettbewerb lasse sich feststellen, dass hier in sehr schwierigen Zeiten ein nicht nur solider, sondern auch sehr pointierter Haushalt im Wissenschaftsbereich vorliege, dem seine Fraktion mit großer Überzeugung zustimmen könne.

Raphael Tigges (CDU) begrüßt im Namen seiner Fraktion den Haushaltsentwurf, mit dem trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen viele wichtige Dinge für die Hochschullandschaft umgesetzt werden könnten.

Trotz der widrigen finanziellen Umstände werde ein effizienter Hochschulbau weiter vorangetrieben. Man werde sich dafür einsetzen, den Sanierungsstau zu beseitigen,

was sicherlich nicht in einem Jahr gelingen werde, sondern sich noch über lange Zeit hinziehen werde. Gleichwohl setze man in diesem Haushalt mit 500 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen sehr klare Zeichen und werde somit nicht nur dem Sanierungsstau entgegenwirken, sondern auch dem klimaneutralen Hochschulbau gerecht. Parallel kümmere man sich darum, die Verfahren im Hochschulbau zu beschleunigen, denn lange Prozesse kosteten auch viel Geld.

Er freue sich sehr, dass der Ausbau der Studienplatzkapazitäten vorangetrieben werden könne, insbesondere bei Studienplätzen zur Psychotherapie, Bachelorstudienanfängerplätzen im Grundschullehramt und im Lehramt für Sonderpädagogik. Allein da investiere man insgesamt rund 19 Millionen Euro zusätzlich. Hier bestehe gesamtgesellschaftlich enormer Bedarf, dem man damit gerecht werde.

Der Aufbau der Medizinischen Fakultät werde weiter konsequent verfolgt. Die Zusagen aus der Vergangenheit würden eingehalten und Gelder für Medizinstudienplätze zur Verfügung gestellt. Auch das sei ein wichtiges Zeichen für Nordrhein-Westfalen.

Weiterbildung – er glaube, da spreche er auch für Jens Kamieth, der das Thema für die CDU-Fraktion sehr intensiv begleite –: Er sei sehr froh, dass hier knapp 46 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden könnten, was eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahreshaushalt bedeute. Bei der Weiterbildungskonferenz vor Kurzem sei auch deutlich geworden, dass man in der Vergangenheit schon sehr klare Zeichen gesetzt habe, den Bereich der Weiterbildung zu stärken. Da befinde man sich weiter auf einem sehr guten Weg.

Trotz dieser schwierigen Haushaltssituation würden viele gute Akzente gesetzt, und er sei dem Ministerium sehr dankbar dafür, dass dort wirklich jeder Euro umgedreht werde, um zu gucken, wo effektiv unterstützt werden könne.

Man wolle, dass NRW das führende Bundesland werde, denn NRW habe eine tolle Hochschullandschaft mit vielen engagierten Lehrenden und Studierenden. Mit diesem Anspruch gehe man in die Zukunft.

Angela Freimuth (FDP) stimmt Raphael Tigges (CDU) zu, dass NRW in der Zukunft das führende Bundesland für Wissenschaft, Forschung und Innovation werden solle. Im Augenblick sei NRW das aber noch nicht. Die FDP-Fraktion werde ihren Beitrag dazu leisten, diese Wegstrecke gemeinsam erfolgreich zu gestalten.

Bei den letzten Haushaltsberatungen habe sie durchaus anerkannt, dass, was die Kliniken angehe, Bewegung in den Haushalt gekommen sei. Gleichwohl wiederhole sie ihre Bitte aus dem letzten Haushaltsberatungsverfahren, dass sich der Wissenschaftsausschuss einmal grundsätzlich damit auseinandersetze, was im Haushalt im Hinblick auf die energetische Sanierung der Gebäudesubstanz von Universitätskliniken und Hochschulen notwendig sei, um die Klimaziele und die selbstgesteckten Ziele bis 2035 erreichen zu können. Nach dem, was ihr berichtet werde, reiche das, was bisher geleistet werde, nicht aus, um das Ziel 2035 erreichen zu können.

Dass viele Ansätze fortgesetzt würden, habe sie auch beim letzten Haushaltsberatungsverfahren ausdrücklich anerkannt. Aber es gebe auch Bereiche, in denen sich ihre Fraktion eigene Impulse des Landes Nordrhein-Westfalen wünsche. Trotz der

schwierigen Haushaltslage könnten hier Signale gesetzt werden. Ihre Fraktion behalte sich vor, im weiteren Haushaltsberatungsverfahren noch Änderungen vorzuschlagen. Zum Beispiel in dem ganzen Bereich der Fusionsforschung könnten noch Akzente gesetzt werden, und auch im Hinblick auf die KI-Strategie könne sich ihre Fraktion eigene landespolitische Akzente vorstellen. Dem Anspruch und gemeinsamen Ziel, führendes Bundesland für Innovation, Wissenschaft und Forschung zu werden, werde dieser Haushaltsentwurf hier noch nicht gerecht.

Vielleicht legten die regierungstragenden Fraktionen noch Änderungsanträge vor. Ihre Fraktion könne dem Haushalt so noch nicht zustimmen.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) gibt Raphael Tigges (CDU) recht. Nominell sei das natürlich ein Aufwuchs. Aber real sei es das nicht.

Eine ganze Reihe von Kritikpunkten von Angela Freimuth (FDP) könne er unterstreichen.

Die Verpflichtungsermächtigungen in Sachen Investitionen und Bausubstanz seien erst einmal ein guter Ansatz, er sei aber noch nicht davon überzeugt, dass das ausreiche.

Vor allem fehle seiner Fraktion das Leitmotiv der letzten Haushaltsberatungen, bei denen gemeinsam deutlich unterstrichen worden sei, wie sehr es darum gehe, die Strukturen krisenresilient zu machen. Das sehe er hier an manchen Stellen leider nicht.

Bei den Studierendenwerken sei immer noch eine massive Unterdeckung zu beklagen. Das beklagten die Studierendenwerke selbst auch sehr deutlich. Das habe seine Fraktion schon häufiger parlamentarisch so aufbereitet, dass dem nur noch hätte zugestimmt werden müssen. Dazu habe man sich aber nicht in der Lage gesehen.

Wenn die Studierendenwerke sehr deutlich sagten, dass ihnen ein im Vergleich zum Gesamthaushalt geradezu lachhaft kleiner Betrag in Höhe von 800.000 Euro in der sozialpädagogischen Beratung massiv helfen würde, sollte das beachtet werden.

Wenn NRW Forschungsland Nummer eins werden wolle, müssten auch die Forschungsinstitute entsprechend ertüchtigt werden und sicher durch die Krise geführt werden. Die dafür mindestens erforderliche Dynamisierung habe seine Fraktion vorgeschlagen.

Zur Weiterbildung: Aus Sicht seiner Fraktion reiche die Dynamisierung da nicht aus. Insbesondere der Sanierungsstau werde mit dem, was jetzt geplant sei, nicht behoben.

Auch wenn das in die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses falle, wolle er deutlich machen, dass seine Fraktion die Kürzung im Bereich der politischen Bildung für völlig unverantwortlich und für geradezu fahrlässig halte. Hier wäre eine massive Stärkung notwendig, aber hier finde das Gegenteil statt.

Seine Fraktion lege für heute 19 Änderungsanträge vor. Er rege darüber hinaus aber noch einen gemeinsamen Änderungsantrag zu den Beratungs- und Meldestrukturen für Antisemitismus an Hochschulen an. Die Diskussion unter Tagesordnungspunkt 1 habe den massiven Bedarf aufgezeigt. Im Zehnpunkteplan der Regierung werde Antisemitismus an der Hochschule auch extra aufgeführt.

Seine Fraktion, so **Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)**, schlage die Einrichtung einer Professur für Makrokriminalität vor. Angesichts unbeschreiblicher Kriegsverbrechen halte seine Fraktion insbesondere die Ursachenforschung für wichtig.

Raphael Tigges (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion die Änderungsanträge der SPD-Fraktion ablehnen werde. Er habe den Eindruck, dass die SPD zwar anerkenne, dass viel Gutes getan werde, das aber dann nicht für ausreichend halte und deshalb von allem einfach noch ein bisschen mehr fordere. An verschiedenen Stellen werde der Haushaltsansatz einfach mal verdoppelt. Er könne nicht nachvollziehen, wie die Ansätze errechnet worden seien. Beispielhaft nenne er die Akquisemittel der JRF und die beantragte Mittelverdopplung auf 800.000 Euro.

Die Diskussion unter Tagesordnungspunkt 1 müsse jetzt bewertet werden und dann überlegt werden, wie damit umgegangen werde.

Zum Thema „Antisemitismus an Hochschulen“ steht für **Ministerin Ina Brandes (MKW)** außer Zweifel, dass auf die zusätzlichen Anforderungen, was Beratungsangebote und Sicherheit angehe, reagiert werden müsse.

Angela Freimuth (FDP) habe auf den Sanierungsstau an Hochschulen hingewiesen, und Dr. Bastian Hartmann (SPD) habe das Thema „Resilienz“ und die Studierendenwerke angesprochen. Über beides werde auf jeden Fall an geeigneter Stelle noch weiter verhandelt werden, aber beides werde sich nach ihrer festen Überzeugung nicht alleine mit Geld lösen lassen.

Die Studierendenwerke hätten über die letzten drei Jahre hinweg einen Teil ihres Geschäftsmodells verloren. Das sähen sie im Übrigen auch selber so. Das lasse sich nicht sinnvoll nur mit zusätzlichem Geld lösen, sondern man müsse sich Gedanken darüber machen, wofür Studierendenwerke zukünftig zuständig sein sollten und wie sie diese Leistungen erbringen könnten, damit das dauerhaft vernünftig funktioniere. Das sähen die Studierendenwerke auch selbst so. Deswegen habe man auch gemeinsam dieses Gutachten in Auftrag gegeben, auf dessen Grundlage man sich dann darüber unterhalten könne, wie eine sinnvolle Unterstützung aussehen könne.

Was den Sanierungsstau angehe, werde auch Geld gebraucht, aber vor allen Dingen brauche es schnellere und schlankere Prozesse. Mit dem Thema beschäftige sie sich aktuell sehr intensiv in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und dem BLB, und man habe inzwischen auch sehr konkrete Vorhaben, wie man diese Prozesse deutlich beschleunige und dafür sorge, dass man dem Sanierungsstau, der über die letzten mindestens 30 bis 40 Jahre systematisch verursacht worden sei, beikomme. Dazu werde sie hier natürlich auch sehr gerne berichten.

Angela Freimuth (FDP) fragt nach, wann mit den Ergebnissen des gemeinsam in Auftrag gegebenen Gutachtens zu den Studierendenwerken gerechnet werde, denn es wäre gut, wenn diese Ergebnisse zum nächsten Haushaltsberatungsverfahren vorlägen.

Ministerin Ina Brandes (MKW) hält den Anspruch für berechtigt, dass die Ergebnisse zur nächsten Haushaltsberatung vorlägen. Man befinde sich im Moment in sehr intensiven Gesprächen mit den Studierendenwerken, weil alle gemeinsam den dringenden Wunsch hätten, so schnell wie möglich Ergebnisse vorliegen zu haben, um auch gemeinsam schnell handlungsfähig zu sein. Denn darüber, dass Handlungsbedarf bestehe, herrsche Einvernehmen.

Vor diesem Hintergrund werde im Moment besprochen, ob einzelne Aspekte sinnvoll abgeschichtet werden könnten und das Gutachten schrittweise vorgelegt werden könne, um fortlaufend in eine inhaltliche Beratung kommen zu können und Konsequenzen ziehen zu können und nicht warten zu müssen, bis das gesamte Gutachten vorliege. Das hätte aber auch Nachteile, weil am Ende alles mit allem zusammenhänge.

Nach Ablehnung der Änderungsanträge stimmt der Wissenschaftsausschuss dem Einzelplan 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.